

**Einfache Anfrage SP-GRÜ-Fraktion:
«Unterstützung für Kindertagesstätten**

Auf Anordnung des Bundesrates sind die Kindertagesstätten und Einrichtungen für die familienergänzende Kinderbetreuung auch während des landesweiten Lockdowns weiterhin geöffnet. Gleichzeitig sind die Eltern jedoch angewiesen, ihre Kinder nach Möglichkeit zu Hause zu betreuen und die Kinder nur im Notfall in die Betreuungseinrichtungen zu geben.

Unklar bleibt in dieser Situation jedoch, wie mit der Bezahlung der Subventionen und der Elternbeiträge umzugehen ist. Sind die Beiträge weiterhin geschuldet, auch wenn die Kinder nur noch teilweise oder gar nicht mehr in die Kindertagesstätte (Kita) gehen? Unklare Regelungen und uneinheitliche Umsetzungen führen zu folgendem Problem: Entweder bedroht der Ausfall der Elternbeiträge die Kitas in ihrer Existenz oder die Eltern müssen die Elternbeiträge weiterhin bezahlen, obwohl sie die Kinder selbst zu Hause betreuen.

Diese Situation ist für die Betroffenen unhaltbar. Viele Familien sind infolge Kurzarbeit oder Kündigungen mit stark verringerten Einnahmen konfrontiert. Die volle Bezahlung der Elternbeiträge – obwohl die Kinder zu Hause betreut werden – ist eine grosse finanzielle Belastung. Auch für die Kinderbetreuungsinstitutionen ist die Unsicherheit belastend. Weil die Eltern die Beiträge nicht mehr bezahlen können, werden Betreuungsplätze gekündigt. Und ohne die Elternbeiträge können die Kitas bei weiterlaufenden Kosten den Betrieb nicht aufrechterhalten und müssen schliessen. Die Schliessung von Kitas und ein Rückgang des Angebots an Kinderbetreuungsplätzen hätte für die Wirtschaft und die Standortattraktivität jedoch verheerende Folgen. Das kann nicht im Interesse des Kantons sein.

Der Bundesrat hat bisher kein Hilfspaket für die familienergänzende Kinderbetreuung verabschiedet und verweist auf die Zuständigkeit der Kantone und Gemeinden.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Frage:

Ist die Regierung bereit, gemeinsam mit den Gemeinden Massnahmen zur Unterstützung der betroffenen Kindertagesstätten und der betroffenen Familien zu ergreifen?»

6. April 2020

SP-GRÜ-Fraktion